

Niederschrift

zur 3. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 30.03.2006, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Agena, Dirk
Dr. Anselmann, Peter
Appel, Hans
Appel-Schlund, Gabriele
Bader, Richard
Balzer, Brigitte
Felden, Claudia
Frühwirt, Ralf
Gruher, Monika
Hellinger, Horst
Hörnberg, Ingrid
Jäkel, Siegward
Janscho, Anke
Jundt, Günter ab 18.40 Uhr
Kalischko, Kai-Uwe
Kohr, Hans-Jürgen
Kraft, Hans-Georg
Krauth, Wolfgang
Dr. Lohneis, Martin
Miltner, Bernhard
Mühlböck, Hans-Jürgen
Rajki, Laszlo
Reinig, Michael
Rückemann, Gerhard ab 18.40 Uhr
Dr. Sandner, Peter
Schleicher, Ilse
Stather, Alfred
Stern, Wolfgang ab 18.45 Uhr
Sterzenbach, Dieter
Unverfehrt, Dietrich
Wagner, Karl-Heinz
Woesch, Rudolf

Von der Verwaltung:

06 Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
1 Stadtverwaltungsrat Börgerding
1.2 Stadtamtsrat Berggold
2 Angestellter Lange
3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
6 Stadtamtmann Gora
Stadtforstamtsinspektor Reinhard
14 Stadtamtsrat Heinzmann
Stadtoberinspektor Veith

Stadtamtmann Ullrich
Protokollführer

TAGESORDNUNG

zur 3. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 30.03.2006, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 14/2006 |
| 4. | Rechnungsprüfungsamt
Schlussbericht 2004 | 15/2006 |
| 5. | Haushalt
Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2004 | 16/2006 |
| 6. | Forst
Hiebs- und Kulturplan | 17/2006 |
| 7. | Haushalt
Haushalt 2006 | 18/2006 |
| 8. | Feuerwehr
Genehmigung der Annahme von Spenden | 19/2006 |
| 9. | Landessanierungsprogramm (Leimen, St. Ilgen)
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (Gauangelloch) | 20/2006 |
| 10. | Straßen
Projektbeschluss Sandhäuser Weg/Falltorweg | 21/2006 |
| 11. | Straßen
Projektbeschluss Ernst-Reuter-Straße | 22/2006 |
| 12. | Ortsrecht
Hauptsatzung | 23/2006 |
| 13. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Von Seiten der Verwaltung wird der Tagesordnungspunkt 12 zurückgezogen. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

1. Fragestunde

Frau Beate Kondig

bittet als Mitglied des Elternbeirats der Musikschule um eine Aussage, ob die Kinder auch im kommenden Jahr noch Musikunterricht erhalten können.

Oberbürgermeister Ernst

geht davon aus, sofern die in der Umsetzung der vom Gemeinderat initiierten und beschlossenen Zuschusskürzungen zu ergreifenden Maßnahmen sich als ausreichend erweisen.

Herr Michael Eckel

sieht Einsparungen nur auf Kosten der betroffenen Musiklehrer. Der genannte Rahmen könne seiner Auffassung nach nicht eingehalten werden, was solle dann passieren?

Oberbürgermeister Ernst

macht deutlich, dass der Geschäftsführer der VSM derzeit an einem Konzept arbeite, um die Zukunft der Musikschule sicherzustellen.

Stadtrat Kohr

erklärt in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer, dass schon länger bekannt sei, dass die Mittel nicht ausreichen. Man könne jedoch nicht einfach die Gebühren ins Uferlose erheben, sondern müsse nach anderen Wegen, z.B. eine Änderung der Gebührenstruktur suchen. Die Senkung der Personalkosten, von denen auch die Verwaltungskräfte nicht ausgenommen würden, sei nur der erste Schritt, der vom Gemeinderat mehrheitlich so festgelegt worden sei. Um dies deutlich zu machen, werde man mit den betroffenen Lehrern Einzelgespräche führen.

Die Stadträte Jundt und Rückemann nehmen ab 18.40 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Ernst

macht noch einmal deutlich, dass es von seiner Seite keine Überlegungen gebe, die Musikschule zu schließen, man müsse jedoch mit den nun vom Gemeinderat reduzierten Zuschüssen auskommen. Dies gelte übrigens auch für viele andere Bereiche in der Stadt. Die Kommunen verfügten nur noch über sehr begrenzte Mittel, man könne leider nur noch das dringend Erforderliche leisten.

Stadtrat Stern nimmt ab 18.45 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Rolf Schleicher möchte wissen, wie viel des städtischen Zuschusses in die Verwaltung der Musikschule fließt.

Stadtrat Kohr

antwortet, dass die Nettoverwaltungskosten rd. 30.000 € und die Sachausgaben zwischen 25.000 und 26.000 € liegen. Diese Ausgaben würden regelmäßig durch die GPA geprüft.

Frau Regina Kaufmann

weist als betroffene Lehrerin darauf hin, dass im vergangenen Jahr bereits die Arbeitszeit um 18,5% ohne Lohnausgleich verlängert wurde. Jetzt kämen weitere existenzgefährdende Kürzungen hinzu, dies sei nicht vertretbar.

Stadtrat Appel

verweist darauf, dass die Stadt einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen müsse. Man nehme Kürzungen gerade in diesem Fall nicht gerne vor, aber die sog. „freiwilligen Leistungen“, zu denen die Musikschule gehöre, seien die einzigen Bereiche, in denen man überhaupt noch Möglichkeiten habe. Im anderen Fall drohe eine Vorgabe durch die Aufsichtsbehörde, deren Folgen womöglich noch schlimmer seien.

Stadtrat Jundt

ist der Auffassung, dass man seit langem über seine Verhältnisse gelebt und nun Schulden von rund 40 Mio. € angehäuft habe. Im jetzigen Haushalt seien 2,9 Mio. € für freiwillige Leistungen vorgesehen, Kürzungen seien nur hier möglich. Es werde auch Einsparungen bei Vereinen und Festen geben müssen. Seit 20 Jahren werde die Musikschule subventioniert, obwohl man nur eine Anschubfinanzierung vorgesehen hatte.

Stadtrat Wagner

stellt klar, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin Zuschüsse geben wolle, Kürzungen aber unvermeidlich seien.

Frau Helga Holdis

arbeitete bisher 33 Stunden und lebte von dieser Arbeit. Nun habe sie eine Änderungskündigung auf 7 Stunden erhalten, manche ihrer Kollegen sogar noch weniger. Sie frage sich, wie sie davon leben solle.

Stadtrat Kohr

führt aus, dass sich die ausgesprochenen Kündigungen nur auf die BAT-Arbeitsverhältnisse bezögen. Im angekündigten Einzelgespräch könne man durchaus über Werkverträge oder ähnliches sprechen. Dies werde man aber nicht in aller Öffentlichkeit diskutieren.

Herr Armin Knorr

ist seit 16 Jahren Lehrer an der Musikschule, seine Arbeitszeit betrage ab Oktober nur noch 6 Stunden. Eine Musikschule könne seiner Ansicht nach nicht ohne Subventionen auskommen.

Herr Gerhard Schramm

ist der Auffassung, dass die Arbeit der Musikschule unter Umständen auch mit einem verringerten Zuschuss von 150.000 € fortgesetzt werden könne. Die Frage sei jedoch, wie lange.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass man derzeit noch nicht einmal den Haushalt 2006 verabschiedet habe. Wie es in den kommenden Jahren aussehe, könne niemand vorhersagen. Er könne heute nicht für den Gemeinderat sprechen, wie dieser die Haushalte der nächsten Jahre beschließen werde. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Ablehnung des Haushalts im Dezember 2005, der noch die höheren Zuschüsse an die Musikschule vorgesehen habe. Danach sei aus dem Gemeinderat heraus die Forderung und der Beschluss der Zuschussskürzung gekommen. Er selbst habe nur eine von 33 Stimmen im Gemeinderat. Nach seiner persönlichen Einschätzung werde es die Musikschule aber auch weiterhin, wenn auch mit geänderten Rahmenbedingungen, weiter geben.

Stadtrat Dr. Sandner

erinnert daran, dass es auch Vorschläge gegeben habe, den Zuschuss über fünf Jahre hinweg auf Null zu senken. Seine Fraktion sei bereit, die Summe von 150.000 € beizubehalten.

Frau Barbara Heuser

beschwert sich über die Haltung der Fa. WinGas hinsichtlich der Trassenführung er geplanten Erdgasleitung. Entgegen dem Versprechen der Firma wurde keinerlei Kontakt mit ihr aufgenommen. Sie frage sich, warum man die Leitung durch bebauten Gebiet legen müsse, sie fühle sich nicht mehr sicher.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass auch die Verwaltung keinerlei Informationen von WinGas bekommen habe. Es liege nach wie vor der Gemeinderatsbeschluss vor, soweit wie möglich von bebautem Gelände entfernt die Leitung zu verlegen, daran habe sich nichts geändert. Auch die Stadtverwaltung und der Gemeinderat seien von WinGas und deren Nichteinhaltung gegebener Zusagen sehr enttäuscht. Man werde gegenüber WinGas und dem in Verfahren federführenden Regierungspräsidium auf die Gemeinderatsbeschlüsse hinweisen und mit aller Deutlichkeit deren Beachtung fordern.

2. Protokolle

Protokollbeurkundung

Bennennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst

ruft das Protokoll Nr. 2 vom 22.02.2006 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Agena und Kraft. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Kohr und Dr. Sandner benannt.

Stadtrat Agena

bitte darum, die Fragen von Bürgern in der Fragestunde möglichst vollständig und sinngemäß wiederzugeben.

Stadtrat Woesch

verweist darauf, dass er am 26.01.2006 bei der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 4 „Kommandofahrzeug Stadtbrandmeister“ mit Ja gestimmt habe.

Weitere Einwände werden nicht erhoben.

- 3. Gemeinderat** 14/2006
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der nichtöffentlichen 2. Gemeinderatssitzung vom 22.02.2006 werden zur Kenntnis genommen.

- 4. Rechnungsprüfungsamt** 15/2006
Schlussbericht 2004

Stadtamtsrat Heinzmann

verliest seinen Rechenschaftsbericht (Anlage 1 zum Protokoll).

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erläutert die Jahresrechnung im einzelnen (Anlage 2 zum Protokoll).

Stadtrat Jundt

findet den Ansatz der freiwilligen Leistungen im Haushalt 2006 immer noch zu hoch. Nach aller gemachten Erfahrung würden diese nie reduziert, sondern oft erhöht. Der Gemeinderat habe hier in der Vergangenheit Einsparungsbemühungen immer wieder konterkariert.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Rechnungsprüfungsamt)

Von dem Schlussbericht 2004 des Rechnungsprüfungsamts wird Kenntnis genommen.

5. Haushalt
Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2004

16/2006

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2004 wird gemäß dem Beschlussvorschlag auf den Seiten 176 und 177 des Rechenschaftsberichts festgestellt.

6. Forst
Hiebs- und Kulturplan

17/2006

Stadtrat Appel

möchte wissen, warum die Einnahmen durch die Jagdpachtung nicht im Hiebs- und Kulturplan verbucht wurden und ob die Fällarbeiten in Höhe von 45.000 € ausgeschrieben wurden. Er dankt Herrn Reinhard ausdrücklich für dessen Engagement im Rahmen seiner waldpädagogischen Arbeit mit Kindern, seine Fraktion könne der Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Forstamtsinspektor Reinhard

erläutert, dass die Buchen aufgrund der fortgeschrittenen Jahreszeit gefällt werden mussten, da zu einem späteren Zeitpunkt der Holz nicht mehr verwertbar gewesen wäre. Hinsichtlich der Rückarbeiten habe man 3 Angebote eingeholt.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

ergänzt, dass die Einnahmen aus der Jagdpacht bei der Förderung der Landwirtschaft gebucht werde, da dies so vorgeschrieben sei.

Stadtrat Jäkel

möchte wissen, wofür die eingeplanten 15.000 € für „Wege“ verwendet werden.

Forstamtsinspektor Reinhard

antwortet, dass dieser bereits reduzierte Betrag das absolute Minimum dessen darstelle, was zur Erhaltung der Erholungsfunktion des Waldes erforderlich sei. In Gauangelloch müssten zwei Wege an das allgemeine Wegenetz angeschlossen werden, teilweise sei auch das Aufbringen einer Verschleißdecke erforderlich.

Im folgenden beantwortet Forstamtsinspektor Reinhard weitere kurze Fragen aus dem Gremium.

Mit 2 Nein-Stimmen (Stadträte Jäkel und Miltner) und 3 Enthaltungen (Stadträte Frühwirt, Hörnberg und Gruler) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Forst)

Dem Hiebs- und Kulturplan 2006 wird zugestimmt.

7. Haushalt Haushalt 2006

18/2006

Oberbürgermeister Ernst
trägt seine Haushaltsrede vor (Anlage 3 zum Protokoll).

Erster Bürgermeister Sauerzapf
erläutert den Haushaltsentwurf (Anlage 4 zum Protokoll).

Stadtrat Bader
spricht für die CDU-Fraktion, die dem Haushalt mehrheitlich zustimmt (Anlage 5 zum Protokoll).

Stadtrat Wagner
appelliert im Namen der SPD-Fraktion an alle Anwesenden, dem Haushalt zuzustimmen, seine Fraktion werde dies mehrheitlich tun (Anlage 6 zum Protokoll).

Stadtrat Frühwirt
erklärt, dass die GALL den Haushalt mehrheitlich ablehne (Anlage 7 zum Protokoll).

Stadtrat Woesch
stimmt im Namen der FWV dem Haushalt zu (Anlage 8 zum Protokoll).

Stadträtin Felden
gibt bekannt, dass die FDP den Haushalt ablehnen werde (Anlage 9 zum Protokoll).

Stadtrat Jundt
erläutert seine Ablehnung. Man müsse weiter an den freiwilligen Leistungen sparen, im Haushalt 2007 werde man viel tiefgreifendere Streichungen vornehmen müssen. Die Kreisumlage werde wie in der Vergangenheit auch weiterhin regelmäßig steigen, während man die Grundsteuer nicht mehr weiter anheben könne. Diejenigen, die dem Haushalt nun zustimmten, wollten nur verhindern, dass vom Regierungspräsidium weitergehende Einschnitte vorgegeben würden, während die Verweigerer das Gremium in seiner Gesamtheit geradezu gezwungen hätten, sich noch einmal intensiv mit dem Zahlenwerk zu befassen. Er trage Verantwortung und mache sich schon seit vielen Jahren Gedanken über diese Fehlentwicklungen.

Stadtrat Dr. Sandner
gibt zu Bedenken, dass man von den Nein-Sagern bisher nur grundsätzliche Äußerungen, aber keine konkreten Verbesserungsvorschläge gehört habe. Es handele sich nach wie vor um mehr oder weniger die gleichen Zahlen, wie sie auch schon im Dezember vorgelegen hätten. Das Problem liege im Haushaltsvollzug und vor allem auch der Einnahmeseite, nicht im Haushaltsplan.

Stadtrat Frühwirt
hält die Diskussion für richtig. Seine Fraktion habe weitgehende, konkrete Einsparvorschläge gemacht, die jedoch keine Mehrheit gefunden hätten.

Stadträtin Felden
schließt sich diesen Ausführungen an.

Mit 19 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen (Stadträte Frühwirt, Jäkel, Hörnberg, Agena, Jundt, Felden, Kalischko, Janscho, Miltner, Mühlböck, Hellinger, Gruler und Kraft) und 1 Enthaltung (Stadtrat Reinig) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2006 wird verabschiedet.

- 8. **Feuerwehr**** 19/2006
Genehmigung der Annahme von Spenden

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

Der Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr Leimen, anlässlich deren 100jährigem Jubiläum wird zugestimmt. Nach Abschluss der Spendenaktion ist dem Gemeinderat eine Liste über die eingegangenen Spenden vorzulegen. Die Spenden dürfen an keine Forderungen gebunden sein.

- 9. **Landessanierungsprogramm**** (Leimen, St. Ilgen) 20/2006
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (Gauangelloch)

Stadtrat Appel
freut sich über die Aufnahme von Leimen-Mitte in das Sanierungsprogramm und regt die Bildung eines Arbeitskreises „Stadtkernsanierung“ an.

Oberbürgermeister Ernst
entgegnet, dass man darüber in der Mai-Sitzung des Gemeinderates gerne sprechen könne und bittet bereits jetzt, hier Mitwirkende zu benennen.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Landessanierungsprogramm/Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum)

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

- 10. **Straßen**** 21/2006
Projektbeschluss Sandhäuser Weg/Falltorweg

Erster Bürgermeister Sauerzapf
verweist darauf, dass man das Projekt bereits vorgestellt habe, es gehe nun um die Freigabe.

Stadtrat Appel

bittet darum, den Punkt 3 dahingehend zu ändern, dass der Gemeinderat in seiner Gesamtheit zu informieren ist.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erklärt, dass man das Vergabeergebnis per E-Mail an die Gemeinderäte senden werde.

Stadtrat Agena

möchte wissen, ob es bestimmte Vorgaben hinsichtlich der Bauweise der Straße gibt.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erläutert, dass dies im Gemeinderat unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, der Verkehrssicherungspflicht und allgemein gültiger Normen festgelegt werde.

Stadtrat Stern

regt an, mit neuen Baumaßnahmen erst zu beginnen, wenn die bereits angefangenen fertig gestellt worden sind, um die Bürgerinnen und Bürger nicht unnötig zu belasten. Er möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie die Planung des Bärenortplatzes aussieht.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erklärt, dass die Firmen alle im Bauzeitenplan liegen und sich die Planungen der KE/LEG hinsichtlich des Bärenortplatzes an denen der Stadt orientiert haben.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Sandhäuser Weg/Falltorweg“, Kanalisation, Wasserversorgung und Straßenbau wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2006 durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Karlsruhe) zugestimmt.
2. Betriebsleitung und Bauamt werden ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben.
3. Der Gemeinderat ist vor der Vergabe über die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden zu informieren.
4. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E. Schulz, Hirschberg, wird zugestimmt.

11. Straßen
Projektbeschluss Ernst-Reuter-Straße

22/2006

Oberbürgermeister Ernst

bestätigt noch einmal, dass man alle Maßnahmen so koordinieren werde, dass die Belastungen für alle Betroffenen so gering wie möglich blieben.

Stadtrat Rückemann

bittet darum, zwischen der Ernst-Reuter-Straße und der Tinquoux-Allee einen Durchgang für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Ernst-Reuter-Straße“, Kanalisation, Wasserversorgung und Straßenbau, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2006 durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Karlsruhe) zugestimmt.
2. Betriebsleitung und Bauamt werden ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben.
3. Der Gemeinderat ist vor der Vergabe über die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden zu informieren.
4. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ingenieurbüro E. Schulz, Hirschberg, wird zugestimmt.

12. Ortsrecht
Hauptsatzung

23/2006

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgezogen.

13. Verschiedenes

Stadtrat Stern

ist aufgefallen, dass auf dem Bergfriedhof viele Leute mit dem PKW unvorschriftsmäßig weit in den Friedhofsbereich hineinfahren. Dies sei der Würde des Ortes nicht angemessen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass bereits ein Schiebetor installiert und noch Poller angebracht würden, um dies zukünftig zu verhindern. Die Poller sind vorgesehen, sobald der Parkplatz im Westen unterhalb des Friedhofs fertig gestellt wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 22.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

Stadtrat Kohr

Stadtrat Dr. Sandner

Anlage 1 zum Protokoll

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Girokonto im Minus, das Sparbuch abgeräumt, hohe monatliche Raten und dann auch noch die Waschmaschine im Eimer – so könnte man die finanzielle Situation der Stadt zusammenfassen, die auch entsprechend im Schlussbericht des Jahres 2004 dargestellt ist.

Die Verschuldung im städt. Bereich ist im Berichtsjahr drastisch gestiegen und zwar von 23,6 Mio. € auf 24,4 Mio. (einschl. Eigenbetriebe sogar von 36,9 Mio. € auf 38,3 Mio. €). Die Schuldzinsen für Haushaltskredite belasteten den Haushalt mit 1,3 Mio. €. Die Netto-Zinslast sank um 30 T€, allerdings nur aufgrund der Tatsache, dass sich die Zinsen für Kassenkredite und den laufenden Bankverkehr (kurzfristige Verbindlichkeiten) um 60T € verminderten.

Noch eine Zahl, die nachdenklich stimmt. Die Verschuldung stieg von 2001 auf 2004 um über 5 Mio. € an.

Die im Vermögenshaushalt gebuchten Tilgungen für die Kredite vom Kreditmarkt beliefen sich auf 400 T€. Dies entspricht einer Tilgung von rd. 1,6%. Hieran wird deutlich, wie lange die Stadtverwaltung an die Kreditverpflichtung gebunden ist.

Diese wenigen Zahlen belegen nachdrücklich die schwierige finanzielle Situation, in der sich die Stadt befindet.

Angesagt sind daher Sparmaßnahmen, die bereits in den letzten Jahren und auch im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2006 besprochen wurden. Angesagt sind Sparmaßnahmen bei den freiwilligen Leistungen, aber auch bei den Pflichtaufgaben. Die Pflichtaufgaben müssen selbstverständlich erfüllt werden, aber es stellt sich hier die Frage: Welchen Standard muss ich erfüllen ? Wie muss ich die Aufgaben ausführen?

Die Stadt muss auch unpopuläre Entscheidungen treffen, denn immer die ständigen Kreditaufnahmen engen den Spielraum immer mehr ein. Sparen in allen Bereichen.

In diesem Zusammenhang noch ein Blick auf den Stand der allgemeinen Rücklage (Seite 20). Die allgemeine Rücklage betrug zum Ende des Berichtsjahrs 2,45 Mio. €. Diese Summe ist allerdings mit äußerster Vorsicht zu genießen, denn diese Summe beinhaltet einen nicht unerheblichen Betrag (Kasseneinnahmereste), der wohl so mit nahezu an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu realisieren sein dürfte.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Blick auf die Haushalts-Ausgabereste werfen (Seite 31). Bereits im vergangenen Jahr haben wir die Vorgehensweise dahingehend gerügt, dass zu viele Haushaltsausgabereste gebildet werden und der Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein wenig verloren geht. Das RPA und der Erste Bürgermeister sind hier allerdings konträrer Meinung; aber aus unserer Sicht sprechen die Ausführungen auf der Seite 31 für sich. Im übrigen sind Haushaltsausgabereste ein sinnvolles Mittel für langfristige Bauvorhaben (z.B. Ausbau der Rohrbacher Straße).

Das RPA hat vom Gemeinderat weitere Prüfungsaufträge erhalten (siehe Seite 35).

Dabei ist festzustellen, dass die VSM das zweitschlechteste Ergebnis seit dem Jahre 1997 eingefahren hat. Betrachtet man diese Zahlen, so ist es durchaus möglich, dass die VSM zum Ende des Jahres zahlungsunfähig ist. Außer im Personalbereich gibt es gravierende Änderungen.

Beim Zweckverband „Wasserversorgung Hardtgruppe“ ist die ungeklärte Differenz in Höhe von 99T€ baldmöglichst zu klären (siehe Seite 35).

Ab der Seite 37 sind noch einige offene Punkte aus den vergangenen Jahren aufgeführt. Hier ist die zögernde Bearbeitung einiger Punkte anzumerken, so u. a. die Kernzeit-/Hortbetreuung aus dem Jahre 2000.

Das RPA fordert eindringlich, endlich die endgültige Abarbeitung dieser Punkte in Angriff zu nehmen.

Fazit trotz aller finanziellen und einiger struktureller Probleme:

Das RPA kann dem Gemeinderat die Feststellung der Jahresrechnung 2004 empfehlen.

Anlage 2 zum Gemeinderatsprotokoll vom 30.03.2006 - öffentlich

Anlage 3 zum Protokoll

OB Wolfgang Ernst zur Behandlung des Haushaltes 2006

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach der Ablehnung des Haushaltsentwurfes für 2006 im letzten Dezember sind wir heute, nach 3 Monaten, erneut zusammen gekommen, um – hoffentlich – **unseren** Haushalt für dieses Jahr zu verabschieden. Bevor ich das Wort an unseren Ersten Bürgermeister weitergebe, der diesen heute vorliegenden Haushaltsentwurf darstellen wird, darf ich noch einige einführende grundsätzliche Worte an Sie richten.

Ich habe das Wort „**unseren**“ Haushalt ganz besonders betont, denn im Gegensatz zu manchen Aussagen in diesen letzten Monaten handelt es sich bei diesem grundlegenden Zahlenwerk nicht um den Haushalt der Stadtverwaltung Leimen oder des Oberbürgermeisters bzw. Ersten Bürgermeisters. Es handelt sich vielmehr um den Haushalt für **unsere** Stadt. Diese Betonung mag Ihnen einfach erscheinen, sie soll jedoch verdeutlichen, dass wir alle, Stadtverwaltung und Gemeinderat, dazu verpflichtet sind, für unsere Stadt einen Haushalt zu erstellen und zu verabschieden. Diese Verantwortung kann und wird uns niemand abnehmen.

Was ist also bisher geschehen? Wir hatten bereits im Herbst 2005 mit Vorberatungen für diesen Haushalt 2006 begonnen, trotz mehrerer Sitzungen fand sich dann in der bereits genannten Sitzung am 22. Dezember nicht die erforderliche Mehrheit. Darüber muss ich heute nicht mehr sprechen.

Seitdem haben wir uns erneut in etlichen Sitzungen unserer Gremien in intensiven Diskussionen mit der Erstellung unseres Haushaltes befasst. Alle Änderungsvorschläge, die in diesen Beratungen eine Mehrheit fanden – bis hin zu dem Vorschlag aus der Mitte des Gemeinderates, die städtischen Zuschüsse an die Volkshochschule und an die Musikschule deutlich zu kürzen, sind in dem heutigen Haushaltsentwurf enthalten.

Wer sich heute erneut gegen diesen Haushaltsentwurf ausspricht, muss sich fragen lassen, welche konkreten und vor allem auch umsetzbaren Alternativen er denn sieht, die in diesem Gremium mehrheitsfähig wären. Was eine Mehrheit gefunden hat, findet sich in diesem Haushaltsentwurf wieder - daher habe ich die Hoffnung, dass wir heute auch eine Mehrheit finden und zu einer Verabschiedung des Haushaltes kommen.

Einen konkreten Bereich im Haushalt will ich bei dieser Einführungsrede ansprechen: Der Rhein-Neckar-Kreis erhöht in diesem Jahr – die Mitglieder des Kreistages unter Ihnen wissen das ja zur Genüge – seine Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte, das bedeutet für uns eine erneute Ausgabensteigerung um 500.000 €, die wir aus unserem städtischen Haushalt mehr erbringen müssen.

Nach den genannten Beratungen und Beschlüssen der vergangenen 3 Monate haben wir im heutigen Entwurf nun nicht mehr die ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer, vielmehr nur noch die Erhöhung der Grundsteuer. Sie wird eine Einnahmenerhöhung von ca. 300.000 € erbringen. Diese Mehreinnahme wird jedoch nicht einmal ausreichen, um die Steigerung der Umlage an den Rhein-

Neckar-Kreis von 500.000 € abzudecken. Anders ausgedrückt: Die Steigerung der Kreisumlage zwingt uns zur Erhöhung der Grundsteuer, entsprechende weitere Einsparungen sind uns – auch nach den Beratungen und Beschlüssen der letzten Monate – nicht mehr möglich. Dennoch wird diese Mehreinnahme im Bereich der Grundsteuer nicht ausreichen, um die weiter gestiegenen Verpflichtungen gegenüber dem Landkreis vollständig auszugleichen.

Wie bisher sind wir in Leimen auf uns selbst gestellt.

Wie bisher wird die Verwaltung mit den Mitteln, die der Gemeinderat ihr mit diesem Haushalt zur Verfügung stellen wird, sorgsam und sparsam umgehen. In den vergangenen Jahren ist dies bereits deutlich unter Beweis gestellt worden.

Wie bisher werden auch in diesem Jahr nur die allernötigsten Maßnahmen zur Erhaltung unserer städtischen Infrastruktur durchgeführt werden - Ihnen sind Einzelbeispiele wie die laufenden Umbaumaßnahmen im Bereich des Bärenstorplatzes, bei der Sanierung des Wasser- und Kanalisationsnetzes oder einiger dringend anstehender Straßensanierungen bekannt.

Wie bisher würden wir alle uns mehr Gestaltungsspielräume wünschen – um mehr für unsere Stadt und das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger bewirken zu können. Die engen Grenzen für unser Handeln sind uns Allen bekannt.

Wir fordern Bund und Land auf, sich zu ihrer Verantwortung für die Kommunen zu bekennen und uns, die wir am nächsten bei den Menschen sind, die so dringend erforderliche Finanzausstattung für die Bewältigung unserer Aufgaben zur Verfügung zu stellen:

Wir fordern eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch verdient, um Abhilfe für die Kommunen zu schaffen und sie nicht länger durch Übertragung kostspieliger Aufgaben ohne entsprechende Finanzmittel weiter in die Schuldenfalle zu treiben.

Dieser Appell wird schon seit Jahren von den Städten und Gemeinden an die Verantwortlichen in Bund und Land gerichtet – bisher erfolglos. Nun scheint sich – ganz vorsichtig ausgedrückt – eine gewisse Bereitschaft zu zeigen, bei der Steuerreform auf Bundesebene auch an die Kommunen zu denken. Hoffen wir, dass dies auch konsequent weiter verfolgt wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat nun unser Erster Bürgermeister, der Ihnen den vorliegenden Haushaltsentwurf darlegen wird.

Es gilt das gesprochene Wort

Anlage 4 zum Gemeinderatsprotokoll vom 30.03.2006 - öffentlich

Anlage 5 zum Protokoll

Nach der heutigen Sitzung gibt es keine Gewinner und keine Verlierer, sondern nur die fraktionsübergreifende Bereitschaft einen konsensfähigen Haushalt für die Mehrheit des Gemeinderates auszuarbeiten und zu verabschieden.

Die Ablehnung damals beruhte auf Seite unserer Fraktion und auch meinerseits darauf, dass neben Steuererhöhungen, Stammkapitalrückführung und Kreditaufnahme keine nennenswerten Einsparungen in den Strukturen der Verwaltung und freiwilligen Leistungen erkennbar waren und darüber hinaus was noch viel wichtiger ist, keine Zukunftsperspektiven zur Verbesserung der Haushaltslage in den kommenden Haushaltsjahren gegeben bzw. von der Verwaltung dargestellt wurden.

Wie ein Damoklesschwert hing damals und hängt auch heute noch über uns, dass wir 1,6 Mio. Stammkapitalrückführung, eine negative Zuführung von über 2 Mio. und zumindest anteilmäßig 3,5 Mio. Kreditaufnahme kompensieren müssen um unsere zukünftige Haushalte wieder in normale Fahrwasser zu bringen. Unter normal verstehe ich, dass sich der Verwaltungshaushalt wieder selbst ausgleicht und wieder mehr Spielraum für notwendige Investitionen entsteht.

Die Verabschiedung des heutigen Haushaltes basiert zumindest aus meiner Sicht auf einem Kompromiss für den diesjährigen Haushalt und darauf aufbauend für die Gestaltung der zukünftigen Haushalte.

Kompromiss für den diesjährigen Haushalt heißt:

- Erhöhung der Grundsteuer auf 370 Punkte. Damit liegen wir noch im Durchschnitt vergleichbarer Kommunen. Darüber hinaus ist die Grundsteuererhöhung die zurzeit einzig verlässliche Position die zum vorher genannten Ziel des Haushaltsausgleiches beiträgt.
- Die Erhöhung der Gewerbesteuer wird nach wie vor abgelehnt, weil in unserer derzeitigen Wirtschaftslage das falsche Zeichen - und wir bei Erhöhung nur diejenigen verärgern würden, welche noch Gewerbesteuer abführen.
- Unsere Fraktion hat zumindest für den diesjährigen Haushalt auf die Bereitstellung der Mittel für eine Externe Verwaltungsstrukturanalyse mit Stellenbewertung verzichtet um kurzfristig den Haushalt nicht weiter zu belasten. Wir sind aber nach wie vor von der Notwendigkeit dieses Vorhabens überzeugt, weil erstens dahinter großes Einsparungsvolumen steht und zweitens dies mit eigenen Kräften nicht objektiv und ohne Beeinflussung durchgeführt werden kann.
- Die Verwaltung ist mit dem Gremium Gemeinderat übereingekommen, in jeder Verwaltungsausschuss-Sitzung Themen der freiwilligen Leistungen nach Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten. Dies wurde bereits mit Volkshochschule/Stadtbücherei, Musikschule und Öffentlichem Personennahverkehr begonnen und schon hier lässt sich erkennen wie schwer es sein wird, Einsparungen in einem Bereich von bis zu 500000€ zu realisieren. Ich möchte an dieser Stelle nochmals an vorher genannten Positionen erinnern die es zu kompensieren gilt in Höhe von rd. 4 Mio. bis 5 Mio., je nach Kreditaufnahmebereitschaft. Schon aus diesen Zahlen ist zu erkennen, dass die von unserer Fraktion geforderte Analyse der

Verwaltungsstrukturen (und dazu gehören auch unsere Eigenbetriebe mit TBL) nicht außen vor bleiben können.



Der Schwerpunkt wird in der Bewältigung der zukünftigen Haushaltsjahre liegen. Dazu wird die Mehrjahresplanung, wie von uns angeregt u. erfreulicherweise in Ansätzen bereits auch umgesetzt, ein wichtiger Leitfaden sein, an dem wir Auswirkungen von Entscheidungen simulieren und feststellen können. Im Fokus wird dabei die im vorherigen Abschnitt genannten Einsparungen in den Freiwilligen Leistungen und Verwaltungsstrukturen sein.

Was die Einsparungen speziell der Musikschule betrifft, so steht ein gefordertes Einsparungspotential in Höhe von 70000€ im Raum bei einem Gesamtzuschuss in Höhe von rd. 220000€ im Jahr an die Musikschule.

Unser Bestreben ist es, dass uns die Musikschule in irgendeiner Form erhalten bleibt. In der Reduzierung des Zuschusses liegt die Chance zum Erhalt der Musikschule.

Außerdem haben wir beschlossen, die Stadtbücherei aus Kostenersparnisgründen dem städtischen Haushalt anzugliedern.

Wenn zumindest ein Teil unserer Fraktion dem heutigen Haushaltsentwurf mit der zugegebenermaßen unpopulären Erhöhung der Grundsteuer zustimmt, dann im Hinblick darauf:

- dass wir Herr unserer Haushaltserstellung bleiben wollen. Bei erneuter Ablehnung des Haushaltes würden wir in Gefahr laufen, dass uns von außen ein Haushalt aufgezwungen wird, mit radikalen Eingriffen in die freiwilligen Leistungen die nicht mehr in unserem Einflussbereich liegen und somit nicht im Sinne unserer Bürgerschaft sein kann. Ebenso würden uns für die kostenrechnenden Einrichtungen Gebührenerhöhungen für unsere Bürger vorgeschrieben um höhere Deckungsgrade zu erzielen. Augenmaß und Fingerspitzengefühl wie wir es bisher immer noch in die Gebühren- und Beitragsfestlegung einfließen ließen um die Belastung der Bürger in Grenzen zu halten, wären dann außen vor. Ich denke, dann doch lieber die Kröte der Grundsteuererhöhung, sowie die von uns bisher und auch zukünftig mit Augenmaß geplanten Kürzungen der freiwilligen Leistungen schlucken.
- dass dringend notwendige Maßnahmen im Instandhaltungsbereich und Baubereich weitergeführt werden können und nicht blockiert werden.
- dass wir zusammen gemeinsam die Haushaltsstrukturmaßnahmen angehen bzw. weiterführen können, denn der nächste Haushalt 2007 steht bereits vor der Tür.

Die Maßnahme Grundsteuererhöhung stellt ein nicht unerhebliches Opfer für unsere Bürger dar und verlangt deshalb ein verantwortungsbewusstes Umgehen dieser Mittelverwendung. Die Verwaltung ist daher in der Pflicht, mit Fingerspitzengefühl im Ausgabenbereich des Verwaltungshaushaltes damit umzugehen.

Am Ende möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, dass unser 1. Bürgermeister mit seiner optimistischen Einschätzung der zukünftigen Schlüsselzuweisungen und Anteile an der Einkommenssteuer Recht behält, damit wir uns mit den zukünftigen Haushalte etwas leichter tun können.

Anlage 6 zum Protokoll

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Am 19.11.2008 feiern die Städte und Gemeinden in Deutschland ein denkwürdiges Jubiläum: Genau 200 Jahre zuvor trat die von den Freiherren vom Stein und Hardenberg entworfene Städteordnung in Kraft, die allen Städten die Selbstverwaltung, die Mitwirkung der Bürger an den Entscheidungen und das eigene Haushaltsrecht gewährte. Es steht zu befürchten, dass die Stadt Leimen nicht mitfeiern kann, weil der Kämmerei im Jahr 2006 nach dem dritten vergeblichen Versuch, den Haushalt 2006 vom Gemeinderat absegnen zu lassen, der Geduldsfaden riss und die Finanzverwaltung dem Regierungspräsidium überließ.

Es waren mutige Männer (über Frauen ist in diesem Zusammenhang weniger bekannt geworden) die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden durchsetzten. Ein ganz wichtiger Teil dieser Selbstverwaltung ist das eigene Haushaltsrecht. Zwar steht dieses Recht unter der Kommunalaufsicht, diese hat sich jedoch zu beschränken auf die Einhaltung elementarer Grundsätze, Prinzipien der Klarheit und Wahrheit und rechnerische Richtigkeit.

In Zeiten munter fließender Einnahmen wurde dieses Recht von den Verwaltungen und Gemeinderäten der Kommunen mit großem Engagement wahrgenommen, gern war jeder dabei, wenn es galt, Wohltaten unter das Wählervolk zu bringen. Wegbrechende Einnahmen und zusätzliche kostenpflichtige Aufgaben haben das Ende dieser fetten Jahre angekündigt, rauher Seegang und heftiges Schlagwetter mit Hagel und Sturm setzen unserem Haushaltsschiff arg zu. Hier eine konstruktive Mitarbeit zu verweigern und auf das Regierungspräsidium zu hoffen, das uns einen Haushalt diktieren wird, kommt der Aufgabe der Selbstverwaltung gleich.

Mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen: Schauen wir, dass wir den Haushalt heute in trockene Tücher bringen. Wer glaubt, dass er diesem Entwurf nicht zustimmen kann, möge realisierbare und ehrliche Vorschläge machen, wie denn ein zustimmungsfähiger Haushalt aussehen kann. Ehrlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Vorschlag, bestimmte freiwilligen Leistungen zu kürzen, dann auch im konkreten Fall, wenn diese Leistungen auf dem Prüfstand stehen, 1:1 umzusetzen ist. Nicht ehrlich ist es, etwa die Grundstückserlöse im Haushalt künstlich aufzublähen, aber im konkreten Fall dann jede Menge Vorbehalte gegen einzelne Verkäufe anzumelden.

Die Einnahmenseite habe ich am 22.12.2005 ausführlich behandelt, ich kann darauf verweisen. Ich teile die Bedenken des Kollegen Bader, einmalige Einnahmen wie die Auflösung von Stammkapital oder Rücklagen für laufende Kosten zu verwenden.

Unsere Fraktion hält nach wie vor die Anhebung der Gewerbesteuer auf 370 Punkte für unerlässlich, sie wird mit Sicherheit im Haushalt 2007 wieder aufs Tapet kommen, warum also nicht gleich? Die Gründe habe ich am 22.12. dargelegt. Wir schlucken diese Kröte und werden deshalb jedenfalls mehrheitlich dem Haushalt zustimmen.

Zur Grundsteuer verweise ich darauf, dass die Erhöhung der Grundsteuer alle Bürger trifft und eine soziale Komponente enthält: Der Mieter im Mehrfamilienhaus zahlt

weniger als der Eigentümer eines Reihenhauses, der wiederum gegenüber dem Villenbesitzer im Vorteil ist.

Auch bei den Ausgaben kann ich mich auf die Punkte beschränken, die in der Zeit nach dem Scheitern des Haushaltes behandelt wurden.

Wenn für die Kindergärten Gebührenerhöhungen unvermeidlich sind, können wir uns vorstellen, die Gebühren nach Einkommen der Eltern zu staffeln. Das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr ist eine berechnete Forderung, der wir uns nicht verschließen – wenn denn die Finanzierung gesichert ist.

Neben der Förderung der Jugendarbeit in Vereinen durch das VZP müssen auch künftig Alternativen für Jugendliche zur Verfügung stehen. Unsere Fraktion steht voll hinter der Beibehaltung von „Basket“ in allen Stadtteilen. Die Mittel sind weiter bereitzustellen.

Die VSM wurde in den letzten Jahren bei der Kürzung von freiwilligen Leistungen geschont, so war nach den letzten Abschlüssen die Diskussion um eine Reduzierung der Zuschüsse unvermeidlich. Wir tragen die Kürzung auf € 150.000,00 bei der Musikschule und € 50.000,00 bei der VHS mit, in der Erwartung, dass diese wichtigen Einrichtungen auch mit diesen Mitteln überleben können. Unsere Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass diese Zuschüsse auch für die restliche Amtszeit des derzeitigen Gemeinderates zur Verfügung stehen.

Bei den Ausgaben für den ÖPNV sind der Park-and-ride-Platz am Bahnhof und damit die Steigerung der Attraktivität der S-Bahn unverzichtbar. Wir brauchen auch weiterhin den innerstädtischen Bus, u.a. zur Anbindung an die S-Bahn. Daneben bleibt auch die Straßenbahn nach Heidelberg mit dem derzeitigen Takt unverzichtbar. Einzelne Buslinien stehen zur Disposition, sofern akzeptable Alternativen über S-Bahn oder Straßenbahn zur Verfügung stehen.

Abschließend danke ich der Kämmerei und ihren Mitarbeitern für die doppelte Arbeit. Was Ver.di mit Streiks zu bekämpfen versucht, ist in Leimen bereits Realität: Mehrarbeit ohne zusätzliche Bezahlung.

Anlage 7 zum Protokoll

Delenda cartago

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn es um die Aufstellung trockener Zahlenwerke wie zum Beispiel kommunaler Haushalte geht, stellen sich viele Menschen immer noch ein Szenario vor, bei dem eine Gruppe gesetzter Damen und Herren ernsten Blicks, mit gespitztem Bleistift und unter Aufbietung des gemeinsamen geschärften Verstandes nüchtern Zahlen analysiert und Lösungsstrategien in schwierigen Zeiten erarbeitet. Nach meinen Erfahrungen der letzten Monate bei der Vorberatung der Haushalte für den RNK und die Stadt Leimen muss ich sagen, dass nichts weniger der Realität entspricht als dieses Bild. Da wurde in den Ausschüssen mehr von Hoffen und Glauben gesprochen, als in jedem beliebigen Gottesdienst. Da wird geglaubt, dass die Konjunktur nächstes Jahr wieder anzieht und gehofft, dass sich der Grundstücksmarkt erholt. Das einzig Nachhaltige an dieser Art Finanzpolitik ist die Ausblendung der Realität. Darin trugen die Diskussionen um die Haushalte nahezu sektenhafte Züge.

Nun ist Glauben und Hoffen an sich nichts Schlechtes aber noch jeder Religionsgründer, der alle seine Sinne beisammen hatte, hat die Erlösung von allem Übel erst für das Jenseits versprochen und sich gehütet Daten zu nennen. Das bewahrt vor allzu großer Enttäuschung im irdischen Jammertal. Genau das ist aber das Problem, in dem Politiker stecken, deren Glaube und Hoffnung schon im nächsten Jahr mit der harten Realität kollidieren. Sie verlieren an Glaubwürdigkeit und beim enttäuschten Publikum macht sich Hoffungslosigkeit breit.

Auch in Leimen, man muss kein Prophet sein, um das vorher zu sagen, werden wir im nächsten Jahr diesen Effekt wieder haben. Zu dünn sind mittlerweile die Fäden, an denen unsere Hoffnung hängt. Beispiel Wirtschaftswachstum:

Da starrt man gebannt auf die Prognosen der Wirtschaftsforscher – 0,1% mehr oder weniger – obwohl die meist noch weiter daneben liegen als die Wahlforscher; da verfolgt man eifrig die Meldungen über die Kauflust der Weihnachtsshopper, um zu schauen, ob die Konsumneigung der Deutschen endlich steigt; da bibbert man um einen guten Einstieg für Angie, Münze und Steini, weil positive Signale aus der Politik die Konjunktur beleben; und niemand spricht die einfache Wahrheit aus, dass das Wirtschaftswachstum seit den 50er Jahren sich mit minimalen Abweichungen linear nach oben bewegte, unabhängig von Wirtschaftswunder, Wiedervereinigung oder gar der Farben der Regierungskoalitionen und ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik. Lineare Entwicklung heißt aber, dass die prozentualen Wachstumsraten immer kleiner werden, von etwaigen Grenzen des Wachstums einmal ganz abgesehen. Eine Politik, die sich auf diese schlichte Realität einläßt und Konzepte dafür entwickelt wird weder in Berlin, noch in Leimen gemacht.

Wer gut aufgepasst hat, wird bemerkt haben, dass ich bis hierher, meine Haushaltsrede vom Dezember einfach wiederholt habe. Das war kein Versehen, keine Lustlosigkeit eine neue Rede zu schreiben und auch keine Einfallslosigkeit nach über zwanzig Haushaltsreden. Es sollte lediglich ein kleiner Hinweis darauf

sein, dass es eigentlich nicht viel Neues zu sagen gibt, hat sich doch an den bedauerlichen Zahlen in diesem Werk nichts Wesentliches geändert.

Wir erinnern uns alle daran, dass der Haushalt im Dezember mit großem Getöse im ersten Anlauf gescheitert ist und mit welcher Verve hier Verbesserungen gefordert wurden. Auch die GALL hatte ihren Anteil an diesem Scheitern, was damals viel Unverständnis hervor rief, hatte ich doch in meiner Haushaltsrede noch ein Ja meiner Fraktion angekündigt. Dieses Ja war allerdings nicht darin begründet, dass wir den Haushalt so toll fanden, sondern darin, dass ein gescheiterter Haushalt nicht wirklich etwas ändern würde und dass man Kraft und Energie lieber darauf verwenden sollte, sich nach dem Durchwinken des Werkes an die Arbeit zu machen. Im Verlauf der Debatte schien es jedoch so, als wäre der Gemeinderat endlich doch dazu bereit, substantielle Veränderungen vorzunehmen und nur dann hätte eine Ablehnung des Haushalts einen Sinn gemacht. Diesem Elan wollte sich die GALL – trotz einer gewissen Skepsis – nicht in den Weg stellen. Schließlich wollten nicht ausgerechnet wir als diejenigen da stehen, die einen Haushalt mit 3,5 Millionen neuer Kreditaufnahme akzeptieren, während andere, mit vielen guten Ideen zur Reduzierung des Defizits, ausgebremst würden. Vielmehr waren wir gespannt, was denn nach dem Paukenschlag kommen würde – wir erwarteten Großes – wenn wir auch überrascht waren, dass die Vorschläge nicht schon in der ursprünglichen Debatte der vergangenen Monate aufgetaucht waren.

Nun haben Gemeinderat und Verwaltung drei Monate lang gekreist und wie befürchtet eine Maus geboren. Der „Fortschritt“ läßt sich an zwei Zahlen ablesen. Im Dezemberplan war, wie schon gesagt, eine Kreditaufnahme von 3,5 Millionen vorgesehen. Da gelang uns mit vereinten Kräften eine Steigerung auf 3,535 Millionen. Es ist also noch nicht einmal gelungen, den Verlust in Höhe von 250 000.-€ auszugleichen, der dadurch entstanden ist, dass wir in diesem Entwurf die geplante Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes wieder zurück genommen haben. Nicht unbedingt ein Hoffnungssignal für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Und wodurch wurden nun überhaupt Einsparungen erzielt? Der größte Einzelposten ist die Reduzierung der Zuschüsse an die Musikschule. Von 220 000.-€ geht es auf 150 000.-€ herunter. 70 000.-€ werden also im wesentlichen bei den Musikschullehrern eingespart. Das heißt, sie sollen eingespart werden oder werden vielleicht eingespart, so genau weiß man das heute noch nicht. Denn schließlich haben alle gültige Arbeitsverträge. Auch die 20 000.-€ Wenigerausgaben bei der VHS stehen zunächst einmal nur auf dem Papier. Wie sie zustande kommen sollen ist bisher noch nicht geklärt. Sicher ist, dass die Gewerbesteuerumlage zurück geht, wenn wir die Gewerbesteuer nicht anheben, eine der ganz wenigen sicheren Zahlen. Eine andere, die von uns sehr begrüßt wird, ist die Einsparung des Personalgutachtens, das mit 50 000.-€ veranschlagt war. Ansonsten wurden lediglich ein paar Euro von hier nach da geschoben und das war's dann.

Natürlich wurden noch weitere Pläne gemacht, soll in den nächsten Monaten vieles angegangen werden, wird noch vieles überprüft und auf Notwendigkeit und Effizienz abgeklopft, alles gut und richtig. Aber musste man dafür wirklich den Haushalt scheitern lassen? Eher nicht, meinen wir, denn mit ein wenig gutem Willen, hätte man das auch ohne diesen großen Akt vollbringen können. Auch wir hätten mit unseren weiter gehenden Vorschlägen in den zurückliegenden Sitzungen die Neuverschuldung nicht auf Null bringen können aber mit Veränderungen bei der

Grund- und Gewerbesteuer, mit anderen Friedhofsgebühren, mit Einsparungen bei Festen und Ähnlichem wären nach unseren Vorstellungen noch einige hunderttausend an Mehreinnahmen und Minderausgaben schon für diesen Haushalt möglich gewesen. Das wollte die Mehrheit nicht und so sieht der Haushalt aus, wie er aussieht, schlechter als zuvor und mit wackligen Zahlen. Aus diesem Grund wird die Mehrheit der Fraktion auch diesen Haushalt ablehnen, mit noch mehr Grund als beim letzten Mal.

Damit könnte ich es eigentlich bewenden sein lassen. Ich brauche nicht nochmals auf die Fragwürdigkeit der Einnahmen aus Grundstücksverkäufen einzugehen, muss nicht noch einmal die dramatische Verschuldungssituation und das hohe Niveau der Schuldzinsen erwähnen.

Auf einen Punkt möchte ich aber doch noch einmal hinweisen. Wie schon in den letzten beiden Haushaltsreden, will ich es auch diesmal nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass wir das Potential, das uns unsere BürgerInnen mit ihrem Engagement, ihrem Wissen und ihren Talenten noch viel zu wenig nutzen, ja dass wir es manchmal sogar schlicht vergeuden.

Auch bei der vergangenen Landtagswahl hat Leimen bei der Wahlbeteiligung wieder einen traurigen letzten Platz belegt. Das ist hier fast schon zur Tradition geworden und zeigt, dass es uns nicht gelungen ist, den Menschen das Gefühl zu geben, dass ihre Meinungsäußerung, ihre Beteiligung, ihre Einmischung erwünscht ist. Lokale Agenda, bürgerschaftliches Engagement, Regionalgeld, Bürgerhaushalte oder Tauschringe bringen sicher nicht die fehlenden Millionen in die Stadtkasse, aber andernorts werden solche Initiativen, die eine Stadt beleben, von Verwaltungen und Räten nicht nur begrüßt, sondern oftmals initiiert und aktiv unterstützt. Wir alle wissen, dass Stimmungen lähmen oder beflügeln können. Und wir alle wissen, wie die Stimmung hier in Leimen gerade ist.

Wenn es uns nicht bald gelingt, die BürgerInnen mit ins Boot zu holen, dann werden wir mit unseren Bemühungen der Haushaltskonsolidierung Schiffbruch erleiden. Und wenn ich sage, mit ins Boot holen, dann meine ich nicht nur an die Ruder, sondern mit ins Steuerhäuschen. Denn wer mehr für seine Kommune tun will als nur Steuern und Gebühren zu zahlen, der will auch mehr Mitbestimmung als nur ein paar Kreuzchen bei der nächsten Wahl. Und das ist auch gut so.

Neben der Arbeit an der Haushaltskonsolidierung ist die Aufgabe, bei der Bürgerbeteiligung eine drastische Veränderung herbeizuführen in den kommenden Monaten und Jahren mindestens genauso wichtig.

Die GALL wird ganz sicher sowohl zum Einen, wie auch zum Anderen das Ihre beitragen.

Wir danken der Kämmerei für die gute Arbeit und das ausführliche Zahlenmaterial.

Ralf Frühwirt

Anlage 8 zum Protokoll

Sehr geehrter Herr Ernst, sehr geehrter Herr Sauerzapf, sehr geehrte Damen und Herren.

Für die Fraktion der Freien Wähler gebe ich zum geänderten bzw. „nachgebesserten“ Haushaltsplan 2006 folgende Stellungnahme ab:

Zunächst gilt unser Dank der Kämmerei, dass die verschiedenen Änderungen so kurzfristig in den Haushaltsplan eingearbeitet werden konnten.

Bevor ich auf den Haushalt im Einzelnen eingehe, möchte ich vorab für unsere Fraktion folgendes feststellen:

Dass der im Dezember 2005 vorgelegte Haushaltsplan im Gemeinderat keine Mehrheit fand, wurde von verschiedener Seite federführend unserer Fraktion als „Zünglein an der Waage“ zugeschrieben. Meine sehr eindringlichen Worte in meiner vormaligen Haushaltsrede, dass wir mit den ständigen erheblichen Defiziten und Neuverschuldungen im Sinne unserer Kinder und Kindeskinde so nicht weitermachen können, wurde als ausschließliche Kritik an der Verwaltung oder gar der Verwaltungsspitze und sogar so verstanden, dass wir der Verwaltung anlasten würden ihrerseits nicht um eine sparsame Ausgabenpolitik besorgt zu sein. Ich möchte hierzu nochmals in aller Deutlichkeit klarstellen und wiederholen, dass der Appell von mir und unserer Fraktion, dass wir nur mit raschen und empfindlichen Einschnitten in allen Bereichen – vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen - eine Chance haben, unseren Haushalt zu konsolidieren, sich keineswegs an die Verwaltung alleine sondern auch und sogar viel mehr an uns im Gemeinderat, unsere Fraktion selbstverständlich eingeschlossen, gerichtet hat. Meiner Fraktion ist sehr wohl bewusst, dass von Seiten der Verwaltung alle ihr möglich erscheinenden Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation angegangen werden, wir aber – und dies ist auch in dem jetzt nachgebesserten Haushaltsplan überdeutlich zu erkennen – ohne tief greifende Einschnitte bei den Ausgaben, vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen, in den nächsten Jahren keine Aussicht haben, auch nur annähernd zu dem gewünschten ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Nun aber einige Anmerkungen zum Haushaltsentwurf selbst, wobei ich mich (wie meine Vorredner) auf die Änderungen und Nachbesserungen gegenüber dem vorherigen Planentwurf beschränken möchte.

Der Etat ist weiterhin „ausgepresst wie eine Zitrone“, um Ihr Worte, sehr geehrter Herr Bürgermeister Sauerzapf, zu wiederholen. Die Zahlen sind gegenüber dem im Dezember vorgelegten Haushaltsentwurf zwar im Wesentlichen gleich geblieben. In der Kürze der Zeit wäre es aber Utopie gewesen, zu einer nachhaltigen Verbesserung zu kommen (dazu nachfolgend mehr). Immerhin haben es alle Beteiligten mit Nachdruck und Engagement versucht. Wie wir aber schmerzlich feststellen müssen, ist eine Konsolidierung des Haushalts nicht über kurzfristige, sondern nur über mittel- und langfristige Maßnahmen möglich ist.

1. Einnahmen

Bei den Einnahmen ist in den neuen Ansatz der Zuschuss für die L 600 in Höhe von

199.000, -- € aufgenommen. Da gleichzeitig die entsprechenden Ausgaben in den Haushalt eingestellt werden müssen, sind diese Einnahmen also leider nur ein neutraler Posten.

Erneut eingestellt ist die Erhöhung der Grundsteuer. Überwiegend sind wir in unserer Fraktion der Auffassung, dass die maßvolle Erhöhung dieser Steuer für den Einzelnen im Sinne des Gemeinwohles hingenommen werden kann. Stadtrat Stather ist weiterhin gegen diese Erhöhung, wird aber dennoch dem Haushaltsplan zustimmen.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer wurde in den Vorberatungen mehrheitlich abgelehnt, so dass es richtig ist, dass diese geplante Erhöhung nicht in den jetzigen Haushaltsplan aufgenommen wurde. Die Mehreinnahmen von 250.000, -- fehlen natürlich. Wie wir zu Beginn eines jeden Jahres aber schmerzlich feststellen müssen, ist die Gewerbesteuer für unsere wichtigsten Gewerbesteuerzahler aber eine relativ „flexible“ Größe, so dass es für unsere Fraktion keinen Sinn macht, die vielen Kleingewerbetreibenden, welche bei der Gewerbesteuer keine „Steuerungsmöglichkeiten“ haben und denen das Wasser ohnehin bis zum Hals steht, mit dieser Erhöhung zu belasten. Wir können froh um jeden Gewerbetreibenden sein, welcher sich bei der derzeitigen Konjunkturlage über Wasser halten kann.

Die zusätzlichen Einnahmen bei der Vergnügungssteuer in Höhe von 50.000, -- € sind für uns erfreulich und lassen uns hoffen, dass uns im Jahr 2006 zumindest das Lachen nicht vergeht.

2. Ausgaben

Zu erwähnen sind bei den Ausgaben an erster Stelle diejenigen für die Stadtbücherei in Höhe von insgesamt 61.200, -- €, welche in den neuen Haushaltsentwurf eingestellt sind. Nachdem wir uns entschlossen haben im Sinne der Konsolidierung der Ausgaben bei der VSM die Stadtbücherei in den städtischen Haushalt zurückzuführen mussten diese Ausgaben in den Haushalt aufgenommen werden.

Weiterhin nicht glücklich ist unsere Fraktion mit dem Ansatz von 150.000, -- € Zuschuss für die Musikschule. Wie alle bisherigen Sitzungen und Gespräche zeigen, wird genau das eintreten, was zu unserem Antrag, die Musikschule zum 30.6.2006 zu schließen, geführt hat, nämlich dass man mit den angesetzten 150.000, -- € nicht auskommen wird und wir spätestens im Sommer den Antrag der Musikschule auf dem Tisch haben, weitere Gelder bereitzustellen, um eine Schließung zu verhindern. Ergo werden wir einmal mehr einen Betrag in der bisherigen Höhe von etwa 230.000, -- € zuschießen, um dann Ende des Jahres der Haushaltsnot gehorchend den Zuschuss für das Jahr 2007 ganz streichen zu müssen. Da der Haushaltsplan aber nur einen Rahmen für die Ausgaben im Jahr 2006 vorgibt und die tatsächliche Höhe der Ausgaben der konkreten Umsetzung des Haushalts vorbehalten bleibt, schließen wir uns der Mehrheit der Fraktionen in den Vorberatungen an und stimmen dem Plan auch in diesem Punkt zu. Bereits jetzt sei jedoch angemerkt, dass unsere Fraktion für das Jahr 2006 keinen weiteren Zuschüssen für die Musikschule zustimmen wird, sollten solche beantragt werden.

Erfreulich ist die Rückführung der Ausgaben bei der Volkshochschule auf einen jährlichen Zuschuss von 50.000, -- €. In diesem Bereich ist zumindest Hoffnung, dass keine „Nachträge“ erforderlich werden.

Zu den freiwilligen Leistungen wurde – auch von mir in meiner Haushaltsrede im Dezember – bereits viel gesagt, so dass ich mir weitere Ausführungen hierzu erspare. Dass wir drastische Einsparungen vornehmen müssen, ist allen klar. Das Hauptproblem ist einmal mehr das „St. Florians Prinzip“ und die schwierige Abwägung wem Einschränkungen auferlegt werden können –oder besser gesagt - werden müssen. Denn dass wir nichts lieber täten als Kürzungen nicht zu beschließen, kann ich sicher als allgemeinen Konsens hier im Saal feststellen.

3. Fazit

Was hat uns nun die Ablehnung des ursprünglichen Haushaltsentwurfes und die heftige Intervention unsere Fraktion gebracht? War es nur ein „Sturm im Wasserglas“? Hätten wir uns das nicht alles sparen und schon den ersten Entwurf des Haushalts absegnen können? Wir meinen Nein!

- Die Zahlen sind in der Zusammenfassung nicht besser als beim Haushaltsentwurf im Dezember; in einzelnen Bereichen aber, wie zum Beispiel bei der VSM, sind jedoch erste Ansätze der Konsolidierungsmaßnahmen zu erkennen

- alle, ich betone alle Beteiligten haben verstanden, dass wir nicht weiterkommen, wenn wir im Herbst eines jeden Jahres hektisch feststellen, dass wir immer mehr in die Pleite hineinrauschen, wir aber andererseits Einsparungen den einzelnen Interessengruppen nicht zumuten können

- wir haben beschlossen, dass wir spätestens zum Jahr 2010 durch alle uns möglichen Einsparungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkommen wollen

- wir haben uns – wie beim Vereinszuschussprogramm bereits mit Erfolg praktiziert - fraktionsübergreifend zusammengetan und eine „Kommision“, bestehend aus Vertretern aller Fraktionen und der Verwaltung, gebildet – in Berlin wird dies als „Umschuldungspakt bezeichnet - , welche nur die Aufgabe haben soll, sich permanent mit der Konsolidierung des Haushalts durch kurz- und langfristige Maßnahmen zu befassen. Die erste Sitzung ist am 6. April im Anschluss an die Sitzung des Bauausschusses.

Nachdem somit die Initiativen unserer Fraktion erste Früchte zeigen und wir allseits den ernstlichen Willen erkennen mit allen zu Gebote stehenden Maßnahmen den Haushalt wieder in das richtige Fahrwasser zu bringen, wird unsere Fraktion dem jetzigen Haushaltsentwurf zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Rudolf Woesch
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Leimen

Anlage 9 zum Protokoll

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ernst, sehr geehrte Damen und Herren,

am 22. Dezember letzten Jahres wurde der Haushaltsentwurf 2006 von der großen Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt. Es war ein erfreulicher Sparwille spürbar – statt Steuererhöhungen sollten nun die Ausgaben auf den Prüfstand.

Und wie wurden nun die vergangenen drei Monate genutzt? Noch immer sollen Grundsteuer A und B erhöht werden, noch immer beträgt die Zuführung vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt 2 Millionen Euro, d.h. die laufenden Ausgaben sind um ca. 2 Millionen Euro höher als die laufenden Einnahmen, noch immer wird den Eigenbetrieben Kapital entzogen (1,45 Millionen Euro).

Bei den Ausgaben wurde hauptsächlich bei der VSM gespart. Alle anderen Vorschläge wurden vertagt. Auf den Kultur- und Sozialausschuss, auf den April, auf den Mai,...

Kommt man mit dem Geld, das man einnimmt, nicht aus, muss man zuerst die Ausgaben überprüfen.

Natürlich schaut man sich hierbei in erster Linie die freiwilligen Ausgaben an. Hier wurde auch über die Presse in den letzten drei Monaten einiges diskutiert, im Haushaltsentwurf findet sich die Kürzung der Zuschüsse der VSM wieder. Wir dürfen gespannt sein, ob es der Geschäftsführung gelingt, hier ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, das den Erhalt von Musikschule und Volkshochschule unter den reduzierten Zuschüssen sichert.

Beim Hallenbad stehen noch immer fast 300.000,- Euro für Personalkosten. Seit der Schließung des Hallenbades wurden die Mitarbeiter von dort an verschiedene andere Stellen verteilt. Nach wie vor halten wir es für richtig, dass die Verwaltung versucht, die Mitarbeiter sinnvoll einzusetzen. Aber nach wie vor halten wir es ebenso für sinnvoller, zu versuchen, andere Bäder in der Umgebung zu finden, in denen wenigstens ein Teil der Mitarbeiter - und sei es auch nur für die Sommermonate - ihrem eigentlichen Beruf nachgehen können. Aber selbst konkrete Vorschläge konnte die Verwaltung hiervon nicht überzeugen. – Im Übrigen sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Mitarbeiter des Hallenbades dann wenigstens unter den Abteilungen hätten verbucht werden müssen, bei denen sie im Jahr 2006 arbeiten.

Muss man Ausgaben senken, kann dies nicht nur bei den freiwilligen, sondern muss auch bei den Pflichtaufgaben geschehen:

Z.B. durch Effizienzsteigerungen. Eine Möglichkeit haben wir ebenfalls schon seit Jahren angesprochen, und auch hier ist trotzdem keine Verbesserung in Sicht: Im Rechenschaftsbericht 2004 können wir nachlesen, dass der Zuschussbedarf pro Kind im Elisabeth-Ding-Kindergarten 2.400,- Euro betrug, im Ludwig-Uhland-Haus 4.400,- Euro, also fast das Doppelte. Selbst wenn für eine zusätzliche Gruppe ein erhöhter Zuschuss zu zahlen wäre, lägen die Einsparungen immer noch bei ca. 1.500,- Euro pro Kind. Und dies ohne Qualitätseinbußen für die Kinder. Denn ich

erinnere mich noch zu gut, wie Eltern hier in einer Gemeinderatssitzung die Qualität des Elisabeth-Ding-Kindergartens hervorhoben und daher die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe forderten.

Ebenfalls Effizienzsteigerungen sind bei den Wohn- und Geschäftsgebäuden möglich. Sie verursachen im Haushaltsentwurf einen Verlust von 730.000,- Euro, und das seit Jahren in dieser Größenordnung! Daher fordern wir den Verkauf von allem, was eh leer steht und nicht benötigt wird. Die Verwaltung des Restbestandes sollte dann in private Hände gegeben werden. Wozu das führt, können wir im Anhang des Haushaltsplans bei der WOBA nachlesen: „Die Zahlen belegen, dass im Jahre 2004 weitere deutliche Fortschritte bei der Konsolidierung der Gesellschaft gemacht werden konnte. So stieg das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 217 TEuro ...“. Was bei der WOBA funktionierte, warum soll dies nicht auch bei der Stadt direkt funktionieren? Wir könnten so einen riesigen Posten im Haushalt einsparen und gleichzeitig die Lebensqualität der Bürger verbessern.

Die Stadt Leimen besitzt viele Grundstücke, bebaut oder unbebaut, die derzeit ungenutzt oder kaum genutzt vor sich hingammeln. Sie haben fast alle eine hervorragende Lage und die Lage ist bei einer Immobilie das wichtigste. Alles andere lässt sich ändern, nur die Lage nicht. Und wie aus einem Haus im Dämmernd durch privates Geld ein Schmuckstück werden kann, sieht jeder, wenn er die Heltenstraße hochfährt und an der Ecke Panoramastraße nach rechts blickt. Auch darum sollten wir uns von dem einen oder anderen Grundstück trennen – zum Wohle des Stadtbildes und zum Wohle der Finanzen.

Wir werden den Haushalt in der vorgelegten Form ablehnen, und die Gründe hierfür können Sie auch in dem von uns vorhin besprochenen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes nachlesen. Auf Seite 22 wird dort der § 78 der Gemeindeordnung zitiert: bei der Einnahmebeschaffung hat die Stadt folgende bindende Reihenfolge einzuhalten: In erster Linie hat sich die Stadt über sonstige Einnahmen wie z.B. dem Einkommensteueranteil, den Zuschüssen und Zuweisungen zu finanzieren, 2. dann aus den Entgelten für ihre Leistungen, erst 3. aus Steuern, und nur unter ganz besonderen Umständen 4. über Kredite.

„Hintergrund ist, dass bei den sonstigen Einnahmen der abgabepflichtige Bürger nicht belastet wird (Ausnahme Mieten und Pachten). Bei den Entgelten für Leistungen sollen diejenigen Bürger stärker belastet werden, die auch tatsächlich die Einrichtung nutzen. (Verursacher- bzw. Veranlasserprinzip).“

Und weiter steht im RPA-Bericht: „ Gerade im Hinblick der Schuldenhöhe der Stadt sollten manche Kostendeckungsgrade neu überdacht werden.“

Sollten also die Ausgabensenkungen nicht ausreichen und müssen die Einnahmen erhöht werden, so müssen vor Kreditaufnahme und Steuererhöhung die Kostendeckungsgrade der Einrichtungen überprüft werden.

Natürlich muss hierbei die Belastbarkeit der Bürger beachtet werden. Aber z.B. eine moderate Gebührenerhöhung um 6,- Euro pro Monat für einen Kindergartenplatz halten wir für vertretbar. Ebenso muss unserer Meinung nach darüber nachgedacht werden, ob für ein unter dreijähriges Kind, für das zwei Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden müssen, das also mehr als den doppelten Zuschuss wie

ein über dreijähriges Kind erhält, wirklich die gleichen Kindergartengebühren gefordert werden müssen wie für ein über dreijähriges Kind. Auch hier wäre unserer Meinung nach ein moderater Aufschlag angemessen.

Will man die Steuereinnahmen erhöhen, kann dies zwar nicht kurz- aber zumindest mittelfristig über die richtige Wirtschaftsförderung gelingen. Aber hier fehlt der richtige Einsatz, obwohl Leimen mit seiner zentralen Lage, der Nähe zu den Autobahnen und auch geeigneten Grundstücken (private wie auch stadteigene) sehr gute Standortvorteile hat. Leider fanden in den letzten Jahren ansiedlungswillige Interessenten zu wenig Unterstützung. Bei konkretem Interesse überwogen meist die Bedenken. Ich erinnere mich noch daran, wie die Ansiedelung eines Baumarktes verhindert wurde mit dem Argument der Stadtkernsanierung, obwohl ein damals in Auftrag gegebenes Gutachten dies gerade nicht so sah. Wir sollten also weniger jammern und mehr die Chancen suchen. Erhöhen wir die Steuern, wird es immer weniger Chancen geben, denn hohe Steuersätze schrecken jeden Investor ab.

Also: mit kleinen Schritten teilweise in die richtige Richtung, dann mit großen Schritten (nämlich mit Steuererhöhungen) in die falsche Richtung bedeutet für uns: wir werden den Haushalt ablehnen.